

// GEW OBERBAYERN VORSITZ //

GEW Oberbayern • Neumarkter Str. 22 • 81673 München

Herrn Oberbürgermeister Andreas März
Stadträte und Stadträtinnen der Stadt Rosenheim
Königsstr. 24
83022 Rosenheim

Telefon: 089/544081-11
Fax: 089/544081-22
Email: oberbayern@gew-bayern.de

Offener Brief der GEW Oberbayern – Bürgermeister bestraft Demonstranten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rosenheimer Stadtrats,

die Vereidigung des rechtsextremistisch hoch auffälligen Stefan Bauer als Rosenheimer Stadtrat zu Beginn des Jahres 2025 hat einige Wellen aufgeworfen. Unter den Gegendemonstranten befanden sich auch Gewerkschaftsmitglieder der GEW – der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft.

Zu den Lehren aus der Geschichte gehört es gerade auch für Gewerkschaften, vor Rechtsextremismus zu warnen und sich klar dagegen zu positionieren. Wird Rechtsextremismus salonfähig? Und wie muss man handeln? Dass eine Gruppe Gegendemonstranten Ihre Stadtratssitzung bei der Vereidigung des rechtsextremistisch sehr auffälligen Stefan Bauer rufend unterbrach, ist sicher vom Ablauf her ärgerlich, doch was war es darüberhinaus, dass mit solch drastischen Strafen und Hausverboten reagiert werden musste? Es bleiben Fragen.

Mein Großvater, selbst Bürgermeister, einer, der die vielfältigen Aufgaben des Bürgermeisteramtes sehr ernst und beflissen wahrnahm, sah es als besondere Aufgabe des Bürgermeisteramtes, die eigene Bevölkerung zu einen und nicht weiter zu spalten, mit allen Bürgern und Bürgerinnen zu diskutieren und zu vermitteln. Ist das in der heutigen Zeit nicht aktueller denn je? Bürgernähe vor Eskalation? Was wird man in seiner Gemeinde erreichen, wenn man abweichende Meinungen kriminalisiert und damit Mauern aufbaut, statt in konstruktiven Gesprächen Zusammenhalt zu fördern?

Der mutmaßliche Rechtsextremist Bauer wird für die Teilnahme im Stadtrat vereidigt – die gegen Rechtsextremismus Protestierenden werden durch ein langes Hausverbot von der demokratischen Teilhabe im Rathaus ausgeschlossen? Muss man als Stadtrat, als Stadträtin und als Bürgermeister nicht eigentlich froh darüber sein, dass es in einem solchen, für die Demokratie belastenden Moment laute Stimmen gibt, die einen Gegenpunkt setzen? Muss so drakonisch gegen darüber Protestierende vorgegangen werden, wenn eine rechtsextremistisch verdächtige Person in den Stadtrat einzieht?

Jetzt, mit dem Abstand von ein paar Monaten: Hätte es vielleicht nicht andere Möglichkeiten gegeben, den Konflikt im Stadtrat zu lösen, und damit das Ansehen des Bürgermeisters in seiner Stadt sogar zu stärken? Wie überzeugend werden der Bürgermeister samt Stadtrat noch sein können, wenn in Ausübung des Amtes in der Öffentlichkeit Stellung gegen den wachsenden Rechtsextremismus bezogen werden muss? Ist es dann nicht eher zu erwarten, dass Medien und Bevölkerung die jetzige Bestrafungsaktion neu infrage stellen?

Als Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft stellen wir uns die pädagogische Frage: Gibt es eine Chance, den Konflikt im Nachhinein zu entspannen, Hausverbote zurückzunehmen, Strafen herabzusetzen, und – im Blick auf die Zukunft – vermittelnde Worte zu finden?

Dazu würden wir Sie gerne aufrufen, in Hochachtung vor Ihrer Arbeit als Bürgermeister, als Stadtrat und als Stadträtin – und in Hochachtung vor der gelebten Demokratie, in der Meinungsverschiedenheit erlaubt und für eine gute Entwicklung sogar notwendig ist.

Mit freundlichem Gruß,



Bernd Pfeiffer

Vorsitz Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) Oberbayern